

Engagement braucht Kontinuität

Für eine erlebbare Demokratie ist das Mitwirken der gesamten Gesellschaft notwendig, das wissen wir alle. Freiwilliges Engagement ist eine wertvolle Chance für junge wie für ältere Menschen, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen - auch das ist bekannt.

Für mich geht es im Jahr 2009 darum, bürgerschaftliches Engagement nachhaltig zu stärken und die Idee einer lebendigen Zivilgesellschaft weiter zu fördern. Diejenigen, die sich lange mit dem Engagement beschäftigen, wissen, dass bürgerschaftliches Engagement nicht als Ersatz für professionelle Infrastruktur und staatliche Verantwortung zu begreifen ist und sich schon gar nicht einfach einfordern oder verordnen lässt. Gerade weil das so ist, ist Politik gefordert aufzuzeigen, wie Strukturen und Rahmenbedingungen verbessert werden können um Engagement, Eigeninitiative und Kreativität junger wie älterer Menschen, von Frauen und Männern nachhaltig zu unterstützen.

Viele Menschen wissen meist selber, was für sie am besten ist, und wollen sich dementsprechend engagieren, andere brauchen Unterstützung. Elternhaus, Schule und Freizeiteinrichtungen können Kinder und Jugendliche frühzeitig zur Teilnahme anregen. Demokratische Prinzipien verständlich machen, über Partizipationswege informieren, zum Mitgestalten ermutigen – das sind zentrale Aufgaben guter politischer Bildungsarbeit, die jetzt anstehen und die wir zur Stärkung der Demokratie und als Beitrag zur Bekämpfung des Rechtsextremismus für die Zukunft dringend brauchen.

Angebote wie die von Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros oder Jugendverbänden und Initiativen, die dem Lebensumfeld und dem Zeitbedürfnis der jeweiligen Generation und den Geschlechtern entsprechen brauchen Unterstützung.

Das Ministerium für Familie, Senioren, Frauen, Jugend (BMFSFJ) hat es in den letzten Jahren versäumt, konzeptionelle Vorschläge für eine nachhaltige Nutzung bestehender Strukturen vorzulegen.

So wurde beispielsweise das Modellprogramm „Generationenübergreifende Freiwilligendienste“ ersetzt durch den „Freiwilligendienst aller Generationen“, neue „mobile Kompetenzteams“ initiiert anstatt über die Absicherung von Freiwilligenagenturen zu

diskutieren, zahlreiche neue, in erster Linie öffentlichkeitswirksame Kampagnen entwickelt und neue Begriffe wie etwa "Zivilengagement" kreiert, anstatt konzeptionelle Ideen für eine institutionelle Förderung einer Engagementpolitik zu entwickeln und diese im politischen Raum zu diskutieren.

Deshalb steht für mich in diesem Jahr die Diskussion über Kontinuität im Engagement ganz oben auf der Agenda. Wie schaffen wir es gemeinsam mit Bund, Ländern und Kommunen Strukturen, die entstanden sind auch nachhaltig zu sichern und nicht dauernd durch neue Projekte zu ersetzen? Wie kann eine Förderung einer institutionellen Infrastruktur im Bezug auf Netzwerke, Freiwilligenagenturen oder einer Engagementförderung in den Schulen aussehen, die wirklich nachhaltig ist und entwickeltes Engagement vor Ort fördert? Hier sind alle AkteurInnen gefordert sich einzubringen.

„Einmischung ausdrücklich erwünscht“ sollte die Devise für das neue Jahr lauten - nicht nur im Bezug auf die Diskussion über Kontinuität im Engagement. Einmischung ist neben der sozialen und kulturellen Teilnahme ein unerlässlicher Bestandteil einer lebendigen Demokratie – und weil das so ist, muss sie diskriminierungsfrei sein. Die Chance auf Partizipation und der Zugang zu bürgerschaftlichem Engagement für Menschen mit Migrationshintergrund erfordert die Perspektive derer, um die es geht und muss 2009 viel stärker als politisches Handlungsfeld in den Blick genommen werden als dies bislang der Fall war.

Möglichkeiten, die gewünschten Lebensentwürfe umzusetzen, müssen für Jede und Jeden – unabhängig vom Alter – gegeben sein. Auch das wünsche ich mir für das Jahr 2009. Eine wichtige Möglichkeit der Beteiligung älterer Menschen an der Gesellschaft ist das bürgerschaftliche Engagement. Diese Form der gesellschaftlichen Teilhabe stellt gerade im demografischen Wandel ein wichtiges Element für eine soziale und solidarische Gesellschaft dar. Aus diesem Grund haben wir einen parlamentarischen Antrag in den Bundestag eingebracht, der die Bundesregierung auffordert, die bestehenden expliziten und impliziten Altersgrenzen für ehrenamtliche Tätigkeiten und Engagement aufzuheben. Hoffentlich kommen wir auch hier ein Stück voran.

Herzliche Grüße und auf eine gute Zusammenarbeit

Britta Haßelmann